

Rente bald erst mit 70?

Alle Jahre wieder: In Deutschland wird erneut über das Renteneintrittsalter debattiert. Während der Wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums kürzlich eine zaghafte Anhebung auf 68 Jahre befürwortete, fordert das Institut der deutschen Wirtschaft (IW), das Arbeitsleben bis zum 70. Geburtstag auszudehnen. Nur so bleibe die Umlagerente finanzierbar.

Die steht bekanntermaßen vor dem Problem, dass immer weniger Erwerbstätige immer mehr Ruheständler immer länger finanzieren müssen. Wenn die Rentenbeiträge nicht mittelfristig explodieren sollen, muss entweder das Rentenniveau stark sinken – oder die Menschen müssen länger arbeiten. Unabhängig davon, ob Reformvorschläge wie der Einbezug von Beamten und Selbstständigen umgesetzt werden. Im Gespräch ist auch der Vorschlag, das Renteneintrittsalter automatisch im Gleichschritt mit der statistischen Lebenserwartung anzuheben.

Außer Frage steht, dass die gesetzliche Rente zukünftig bei immer weniger Ruheständlern für einen auskömmlichen Lebensstandard reichen wird. Private Vorsorge ist daher für die meisten Bundesbürger unverzichtbar.

P&R-Geschädigte erhalten „außergewöhnlich früh“ erste Abschlagszahlung

Wer zu den geprellten Investoren des Container-Vermieters P&R gehört, findet dieser Tage auf seinem Kontoauszug ein Stück Wiedergutmachung: Die ersten 200 Millionen Euro aus der Insolvenzmasse fließen an die Gläubiger. Laut Insolvenzverwalter Dr. Michael Jaffé ist das „außergewöhnlich früh“ für ein solch komplexes Verfahren. Das Insolvenzrecht erlaube eine solche vorzeitige Ausschüttung nur in Ausnahmefällen.

Die nächste Tranche soll Mitte 2022 folgen, insgesamt erwartet Jaffé rund eine Milliarde Euro verteilen zu können. Zuvor mahnt er die ehemaligen Anleger noch zur Unterzeichnung der sogenannten Hemmungsvereinbarung, mit der Verjährungsfristen aufgehoben und Musterverfahren vereinfacht werden sollen.

Bei der Pleite der Unternehmensgruppe vor drei Jahren standen rund 3,5 Milliarden Euro, nahezu ausschließlich von Privatanlegern, im Feuer. Von den in den Büchern geführten 1,6 Millionen Containern existierten in Wahrheit nur gut 600.000. „Merkmale eines Schneeballsystems“ attestierten Staatsanwälte dem Geschäftsmodell; der zwischenzeitlich inhaftierte P&R-Gründer und Hauptverantwortliche wird indes aus gesundheitlichen Gründen nicht angeklagt.

Trotz Pflegereform: Eigenanteile von Pflegebedürftigen dürften kaum sinken

Mitte Juni verabschiedete der Bundestag – nach nur halbstündiger Debatte – eine Pflegereform, in deren Folge die Pflegekräfte ab 2022 besser bezahlt werden. Gegenfinanziert wird mit einem Beitragsaufschlag von 0,1 Prozent für Kinderlose und einem Milliardenzuschuss aus der

Bundeskasse. Der Eigenanteil von Pflegeheimbewohnern wird gedeckelt – was zunächst nach einer guten Nachricht klingt.

Sowohl Verbraucherschützer als auch mehrere Wirtschafts- und Pflegeverbände halten das jedoch für eine Mogelpackung. So errechnete der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), dass trotz der Entlastungen schon in zwei Jahren wieder der derzeitige Durchschnitts-Eigenanteil von über 2.100 Euro erreicht sein wird (zum Vergleich: Die durchschnittliche gesetzliche Rente liegt bei rund 1.500 Euro). vzbv-Vorstand Klaus Müller findet drastische Worte: „Das, was die Bundesregierung nach vier Jahren Arbeit kurz vor Schluss vorlegt, ist eine Ohrfeige für Betroffene.“ Private Pflegevorsorge, etwa in Form einer Pflegetagegeldversicherung, bleibt nach wie vor essenziell.

Finanzaufsicht möchte Fonds-Greenwashing unterbinden

Greenwashing, also ein ökologisch-nachhaltiger Anstrich für Produkte und Unternehmen, breitet sich immer weiter aus. Das ist zwar nicht verwunderlich, da immer mehr Verbraucher auf solche Aspekte achten. Doch für jene wird es immer schwieriger zu beurteilen, was wirklich hinter der Ökofassade steckt. Auch über die Frage, welche Geldanlagen als nachhaltig gelten können, wird seit Jahren hitzig debattiert, in Europa wie in Deutschland. Die EU antwortete bereits mit einschlägigen Regelwerken: der Nachhaltigkeits-Präferenz-Abfrage, die zukünftig in jedem Anlageberatungsgespräch zu erfolgen hat, der Offenlegungsverordnung und der Taxonomie.

Das hält die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) allerdings nicht für ausreichend und schlägt daher deutlich strengere Qualitätsstandards vor. Im Kern: Fonds sollen sich nur dann „nachhaltig“ nennen dürfen, wenn sie mindestens 90 Prozent ihres Vermögens in „nachhaltige Vermögensgegenstände“ investieren. Das wäre eine kleine Revolution: Etabliert ist in der EU eine Schwelle von 18 Prozent (EU-Ökosiegel). Die Fondsbranche hält diese Forderung denn auch für realitätsfremd. So rechnet der Fondsverband BVI damit, dass der Grenzwert noch auf 50 Prozent abgesenkt wird, um die Manager nicht ihres Handlungsspielraums zu berauben.

„Tinder fürs Ehrenamt“: Neue App bringt Hilfwillige und Organisationen zusammen

In Deutschland funktioniert das Gemeinwesen – im internationalen Vergleich – nicht zuletzt deshalb gut, weil sich Millionen von Ehrenamtlichen in den Dienst der Gesellschaft stellen. In Sportvereinen, bei der Freiwilligen Feuerwehr, in Suppenküchen und bei Tafeln, als Rettungsschwimmerinnen, Bergwächter und, und, und. Die Einsatzmöglichkeiten sind so vielfältig wie die Menschen, die sich einbringen.

Viele Hilfwillige stehen jedoch vor einem Problem: Wie findet man eine sinnvolle Tätigkeit in Wohnortnähe, wenn man sich ehrenamtlich engagieren möchte? Der Münchener Maklerpool Fonds Finanz und die Versicherungsgruppe die Bayerische bieten darauf nun mit ihrer gemeinsamen Tochter Lets GmbH eine komfortable Antwort: „letsact“, eine App, die Hilfwillige mit geeigneten ortsnahen Organisationen wie Vereinen, Sozialverbänden oder Projektgruppen in Verbindung bringt. Auch Arbeitgeber, die über ein Teamevent mit ehrenamtlichem Charakter

nachdenken, finden damit passende Angebote. So lassen sich Teambuilding und der Einsatz für einen guten Zweck trefflich verbinden.

Zahl der Aktionäre nähert sich früherem Rekordhoch

Die Deutschen haben offenbar wieder Lust auf Aktien – wie zuletzt kurz vor der Jahrtausendwende. Damals, die Älteren werden sich erinnern, trommelte TV-Star Manfred Krug lautstark für die Telekom-Aktie („Volksaktie“), die denn auch wegging wie geschnitten Brot. Für viele Neuaktionäre nahm das Engagement am Kapitalmarkt indes ein böses Ende, als die Dotcom-Blase im März 2000 platzte. 12,9 Millionen Bundesbürger hielten zu der Zeit Aktien oder Fondsanteile, danach schien das Thema für viele von ihnen ein für allemal gegessen zu sein.

Nun aber kehren sie in Scharen zurück: 12,4 Millionen Aktiensparer gibt es derzeit in Deutschland, womit die gut zwei Jahrzehnte alte Rekordmarke wieder in Sichtweite rückt. Verantwortlich sind ein Push- und ein Pull-Effekt: Die Niedrigzinsen an der Nulllinie und die Strafzinsen auf hohe Bankguthaben treiben die Anleger aus festverzinslichen Anlagen heraus; die Kursrallyes des letzten Jahres locken sie in die Kapitalmärkte hinein. So kratzt der DAX, der vor der Corona-Pandemie nicht über 14.000 Punkte hinausgekommen und dann kurzzeitig auf unter 9.000 abgerutscht war, aktuell an der 16.000-Punkte-Marke.

Zahlt die Haftpflichtpolice, wenn ein Hund sich auf einen teuren Teppich erbricht?

Hundebesitzer müssen stets auf Überraschungen gefasst sein. Etwa dass dem Vierbeiner etwas schwer im Magen liegt und er es kurzerhand erbricht. Zum Streit Anlass kann das werden, wenn der Hund sich gerade auf einem hochpreisigen und empfindlichen Teppich aufhält. So geschah es einem Hundehalter bei Freunden.

Seine Haftpflichtversicherung weigerte sich indes, die teure Reinigung zu übernehmen. Begründung: Versichert sei laut Bedingungen nur „willkürliches“ Verhalten des Tieres, nicht „natürliches“; das Malheur falle in letztere Kategorie. Der Versicherungsombudsmann, den der Versicherte einschaltete, verpflichtete den Versicherer jedoch zur Zahlung – denn nach gültiger Rechtsprechung darf nicht mehr zwischen „willkürlichem“ und „natürlichem“ Verhalten unterschieden werden.

Auf der sicheren Seite sind Frauchen und Herrchen mit einer Hunde-Haftpflichtversicherung. Sie leistet beispielsweise auch, wenn das Tier auf die Straße läuft und einen kostspieligen Verkehrsunfall verursacht oder mit einem Biss einen Handwerker für Wochen arbeitsunfähig macht. In Berlin, Hamburg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen ist eine solche Versicherung daher vorgeschrieben. In weiteren Bundesländern gilt dies für bestimmte Hunderassen.

Weltweites Privatvermögen auch im Coronajahr 2020 gewachsen

Die wirtschaftlichen Verwerfungen und Turbulenzen des vergangenen Jahres haben zahlreiche Menschen in Existenznöte gestürzt. Insgesamt hat das Barvermögen von Privatpersonen weltweit jedoch nicht darunter gelitten. Es legte auch im Krisenjahr 2020 ordentlich zu – und zwar so kräftig wie seit 20 Jahren nicht mehr, nämlich um 8,3 Prozent. Erstmals wurde damit die Marke von 250 Billionen US-Dollar geknackt, wie die Unternehmensberatung Boston Consulting Group (BCG) auf der Basis der Geschäftszahlen von Banken und Vermögensverwaltern errechnet hat. Packt man noch Sachwerte wie Immobilien, Gold, Kunst oder Autos obendrauf und zieht die Verbindlichkeiten ab, besitzt die Menschheit privat ein Nettovermögen von 431 Billionen Dollar (354 Billionen Euro).

Die meisten Superreichen (Vermögen ab 100 Millionen Dollar ohne Sachwerte) leben in den USA, nämlich 20.600, gefolgt von China mit 7.800. Deutschland liegt mit 2.900 Superreichen auf Rang drei vor Frankreich (2.500) und Großbritannien (2.100). 88 Prozent dieser „Ultra-Millionäre“ sind Männer.